

19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten Hendrikje Klein (LINKE)

vom 16. Januar 2024 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 16. Januar 2024)

zum Thema:

Samstagsarbeit in den Berliner Bürgerämtern

und **Antwort** vom 2. Februar 2024 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 5. Februar 2024)

Der Regierende Bürgermeister von Berlin
Senatskanzlei

Frau Abgeordnete Hendrikje Klein (LINKE)
über
die Präsidentin des Abgeordnetenhauses

über Senatskanzlei - G Sen -

Antwort
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/17870
vom 16. Januar 2024
über Samstagsarbeit in den Berliner Bürgerämtern

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Welche Eckpunkte zur Samstagsarbeit stehen in dem Schreiben der Senatskanzlei an die bezirklichen Stadträt:innen, zuständig für Bürgerdienste?
2. Welche Eckpunkte wurden auf der letzten Sitzung des Lenkungskreises Bürgerdienste im Januar 2024 beraten, unter welchen Bedingungen eine Samstagsöffnung der Bürgerämter sinnvoll ist?
3. Welche Überlegungen gibt es, die Samstagsarbeit umzusetzen?

Zu 1., zu 2 und zu 3.: Entgegen anderslautender Presseberichte war die mögliche Samstagsöffnung der Bürgerämter nicht Gegenstand eines Schreibens der Senatskanzlei an die zuständigen Bezirksstadträtinnen und Bezirksstadträte für Bürgerdienste. Das Thema wurde lediglich auf die Tagesordnung des Lenkungskreises Bürgerdienste am 17. Januar 2024 gesetzt. In der Sitzung wurde ergebnisoffen über eine mögliche Öffnung der Bürgerämter an einzelnen oder ausgewählten Samstagen gesprochen. Im Ergebnis hat man sich einvernehmlich darauf verständigt, eine etwaige Samstagsöffnung der Bürgerämter vor der anstehenden Europawahl nicht weiter zu verfolgen.

4. Wie viele zusätzliche Termine können so realisiert werden?

5. Wie ist der Beratungsprozess und der Entscheidungsweg hin zur Samstagarbeit?

6. Wann könnte die Samstagarbeit frühestens starten?

Zu 4, 5 und 6: Siehe oben.

7. Inwiefern können Beschäftigte dazu verpflichtet werden? Ist eine Verpflichtung geplant? Inwiefern kann eine Freiwilligkeit geregelt und gefördert werden?

Zu 7.: Eine Verpflichtung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist nicht geplant, ein Einsatz der Mitarbeiter wäre im Falle einer Samstagöffnung auf freiwilliger Basis.

8. Sind Prämien für die teilnehmenden Beschäftigten geplant? Wenn nein, warum nicht? Wenn ja, in welcher Höhe?

Zu 8.: Entfällt, siehe oben.

9. Wie viele unerledigte Termine werden aktuell berlinweit vor sich hergeschoben? (Bitte nach Bezirken aufteilen.)

Zu 9.: Informationen über vereinbarte aber noch nicht erledigte Termine liegen nicht vor. Anhand von Auswertungen über tatsächliche Terminvereinbarungen, des prognostizierten Bevölkerungswachstums und anhand von Kundenbefragungen kann allerdings der Bedarf an jährlichen Terminen geschätzt werden. Dieser liegt derzeit bei ca. 2,4 Millionen Terminen, die jährlich benötigt werden. Davon können derzeit jährlich rund 2 Millionen Termine realisiert werden.

10. Wie viele Termine konnten nicht stattfinden aufgrund der Vorbereitungen der Wahlwiederholung im Februar 2024? (Bitte nach Bezirken aufteilen.)

Zu 10.: Die Bezirke müssen für die Vorbereitung und Durchführung der Wiederholungswahl keine Termine absagen oder verschieben, das Terminkontingent wurde abhängig von den betroffenen Wahlbezirken in den Bezirken angepasst.

11. Welche weiteren Maßnahmen sind derzeit zur personellen Verbesserung der Situation in den Bürgerämtern geplant? Wann werden diese umgesetzt?

12. Welche Vorschläge unterbreiten die Bezirke zur Verbesserung der Situation bei den Bürgerämtern?

13. Wie schätzt der Senat die einzelnen Vorschläge ein?

Zu 11., 12. und 13.: Die Bezirke stellen in diesem Jahr zusätzliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Bürgerämtern ein und eröffnen zugleich zwei neue Standorte. Des Weiteren befindet sich ein zentraler Rekrutierungsservice ebenso im Aufbau wie ein

Springerpool. Parallel werden weitere Dienstleistungen digitalisiert, beispielsweise die Wohnsitzanmeldung. Dies wird in der Gesamtheit zu einem besseren Terminangebot beitragen. Die Bezirke haben aktiv daran mitgewirkt, dass die genannten Maßnahmen ergriffen werden und sie arbeiten gemeinsam an der zügigen Umsetzung. Es ist das gemeinsame Ziel des Senats und der Bezirke, schnellstmöglich das Terminangebot in den Berliner Bürgerämtern zu verbessern.

Berlin, den 02. Februar 2024

Der Regierende Bürgermeister von Berlin
In Vertretung

Martina Klement
Staatssekretärin für Digitalisierung
und Verwaltungsmodernisierung / CDO